

KLIMAPOLITIK: QUO VADIS?

Man muss aufgrund der grundlegenden Probleme in der Konzipierung der Klimastrategie und der wirtschaftlichen Situation davon ausgehen, dass Vietnam generell noch nicht bereit für solch eine ambitionierte Klimastrategie ist. Es fehlen Förderstrukturen für erneuerbare Energien sowie die absolute politische Bereitschaft und Konsequenz, die angestrebte Klimapolitik auch in Zeiten wirtschaftlicher Krisen fortzusetzen. Eine noch wichtigere Komponente ist, dass die

wirtschaftlichen Bedingungen im Moment eine derart ehrgeizige Klimastrategie nicht zulassen. Vietnam als ‚Lower-Middle-Income-Country‘ besitzt noch nicht die Voraussetzungen, um einer solch ambitionierten Klimapolitik nachzukommen. Denn diese erfordert nicht nur den politischen Willen, der bei der vietnamesischen Regierung zweifelsohne vorhanden ist, sondern auch die finanziellen Kapazitäten auf lange Frist. Es bleibt abzuwarten, ob die vietnamesische Regierung die Klima- und Energiepolitik an die derzeitigen Gegebenheiten in naher Zukunft anpassen wird.

ZENTRALASIEN (KIRGISTAN, TADSCHIKISTAN, TURKMENISTAN, USBEKISTAN)

Thomas Kunze | Christopher Braemer

ÜBERSICHT

Auch wenn der Klimawandel in Zentralasien in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle spielt und sowohl von staatlicher als auch bürgergesellschaftlicher Seite nur von Nischenakteuren diskutiert wird, sind die tatsächlichen Auswirkungen bereits heute zu spüren. Sie betreffen vor allem die beiden Wasseradern der Region, die Flüsse Amu-Darja und Syr-darja, die in Kirgistan und Tadschikistan entspringen und in den Aralsee mündeten. Schon 2004 wurden in einer Studie zahlreiche Auswirkungen des Klimawandels auf die Region Zentralasien, insbesondere in Bezug auf die Wasserversorgung und -qualität festgestellt.¹ Die Wasserreserven der Region, die Gebirgsgletscher in Kirgistan und Tadschikistan, schmelzen immer schneller und können sich durch fehlende Niederschläge im Winter nicht mehr ausreichend regenerieren. Stark schmelzende Gletscher können außerdem Schlammlawinen und dadurch eine Verschlammung des Flusswassers, das auch als Trinkwasser dient, auslösen. Laut einer Studie von Oxfam² ist besonders Tadschikistan, das ärmste der fünf zentralasiatischen Länder, vom Klimawandel betroffen. Die veränderten Wetterbedingungen

seien hier am deutlichsten und durch die extreme Armut seien die Menschen in Tadschikistan gleichzeitig am wenigsten in der Lage, sich an die Veränderungen anzupassen.

Als der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, im April 2010 die frühere Hafenstadt Mujnak besuchte, nannte er die Austrocknung des Aralsees „eine der schlimmsten Umweltkatastrophen der Welt“. Denn das Austrocknen des Aralsees trägt ebenfalls zum zentralasiatischen und weiterhin zum globalen Klimawandel bei. Durch die fehlende Verdunstung des Seewassers wird die Luft im Sommer noch trockener und heißer. Den Flüssen Amu-Darja und Syr-darja, die einst in den Aralsee mündeten, wird auf ihrem Weg dorthin zu landwirtschaftlichen Zwecken nahezu 90 Prozent ihres Wassers entnommen. Das übrig bleibende Flusswasser ist versalzen und mit Pestiziden verseucht, landwirtschaftliche Abwässer werden zurück in den Fluss geleitet. Der Wind wirbelt den salz- und pestizidhaltigen Staub aus dem ausgetrockneten Aralsee und aus Flussbetten auf und trägt ihn hunderte Kilometer weit. Lungenkrankheiten und Krebs, auch bei Kindern, treten verstärkt auf.

Diese Einflüsse durch den Menschen tragen bis heute dazu bei, dass Zentralasien sich kaum an die neuen Bedingungen anpassen kann. Denn obwohl die sich verschlechternde Wasserversorgung den Fachkreisen seit Jahrzehnten bekannt ist, wird fast nichts getan, um dem entgegen zu wirken. Für das Volk ist Wasser extrem billig, dementsprechend großzügig wird damit umgegangen. Viele Leitungen und Kanäle sind undicht, und oft laufen Bewässerungssysteme tagsüber, sodass ein Großteil des Wassers

1 | Ernst Giese und Ivo Moßig, „Klimawandel in Zentralasien“, Zentrum für internationale Entwicklungs- und Umweltforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen, Discussion Papers, Nr. 17, Gießen, 2006, http://fss.plone.uni-giessen.de/fss/fbz/zentren/zeu/Forsch/Publi/publi2/disc17/file/DiscPap_17.pdf [28.07.2014].

2 | Anita Swarup, „Reaching Tipping Point? Climate Change and Poverty in Tajikistan“, Oxfam International, Research Report, Dushanbe, 2009.



Moynaq im Westen Usbekistans war bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Hafenstadt am südlichen Ufer des Aralsees. Durch Austrocknung ist die Küste nun ca. 150 Kilometer entfernt.

in der Sommerhitze verdunstet, bevor es überhaupt den Boden erreicht. Usbekistan hat daraufhin in den letzten Jahren viel in neue Technologien investiert, was internationale Geber in den letzten zehn Jahren mit etwa einer Milliarde US-Dollar unterstützt haben. Allerdings gehen Schätzungen der Schweizer DEZA und der Weltbank davon aus, dass es bis zu 40 Milliarden US-Dollar kosten würde, wenn man die gesamte Bewässerungsinfrastruktur in Zentralasien modernisieren wollte. Technische Maßnahmen alleine sind also keine Lösung, jedoch ein wichtiger Baustein einer umfassenden Strategie nachhaltigen Ressourcenmanagements.

Der Anbau von Baumwolle, der einen Großteil der Agrarwirtschaft ausmacht, wurde zu Sowjetzeiten stark ausgebaut und ist heute immer noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Baumwolle ist jedoch eine sehr wasserintensive Pflanze, auf ihre Zucht wird das meiste Wasser verwandt. Alle zentralasiatischen Staaten haben seit der Unabhängigkeit den Baumwollanbau schrittweise zurückgefahren. Usbekistan, der größte Baumwollproduzent in Zentralasien und weltweit unter den ersten zehn, hat die Anbaufläche für Baumwolle von 50 auf 30 Prozent der gesamten Bewässerungsfläche reduziert, zählt aber nach wie vor zu den zehn größten Baumwollproduzenten weltweit.

WASSERMANGEL: KONFLIKTE ZWISCHEN „OBERLIEGER“ UND „UNTERLIEGER“

Insgesamt bedeutet Klimawandel in Zentralasien vor allem eines: Wassermangel. Was die Lage in Zentralasien besonders kompliziert macht ist, dass die Kontrolle über das Wasser die so genannten Oberlieger haben, also die Länder, die am Oberlauf der Flüsse liegen. In Zentralasien sind das die Staaten Kirgistan und Tadschikistan. Am Unterlauf von Amu-Darja und Sir-Darja befinden sich die so genannten Unterlieger: Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan. Auf deren Staatsgebiet haben die Flüsse keine weiteren Zuflüsse

mehr. Das heißt also, die Unterlieger bekommen nur das Wasser, das die Oberlieger übrig lassen.

In den letzten Jahren stieg der Wasserbedarf der Oberlieger besonders stark. Die tadschikische Stellungnahme im mexikanischen Cancún im Dezember 2010 betonte in erster Linie das eigene Hydroenergie-Potenzial, welches es ermöglichen würde, durch einen Ausbau der Wasserkraft emissionsfrei den Energiebedarf der ganzen Region zu decken. Dies stimmt zwar, denn das Potenzial vor allem in Tadschikistan und auch Kirgistan ist enorm. Es würde jedoch die Energie- und Wasserversorgung Usbekistans, Turkmenistans und Kasachstans völlig in die Hände der beiden Gebirgsstaaten legen. Die ganze Region droht zum Pulverfass zu werden. Heute schon kommt es zu ersten militärischen Konflikten zwischen Oberliegern und Unterliegern.

DIE POSITIONEN DER REGIERUNGEN: KLIMAKONFERENZEN IN KOPENHAGEN 2009 UND IN CANCÚN 2010

In Zentralasien besteht im Bereich der Wahrnehmung von Umweltproblemen ein Nord-Süd-Gefälle. Im wirtschaftlich am stärksten entwickelten Kasachstan wurde beispielsweise bereits ein Koordinationszentrum zu Fragen des Klimawandels eingerichtet. Dieses Zentrum ist aus der Arbeitsgruppe der von der kasachischen Regierung gegründeten Kommission zu den Fragen der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls heraus entstanden. Weiterhin gibt es in Kasachstan und Usbekistan nationale Umweltprogramme. Im kasachischen nationalen Umweltprogramm ist die Vorbeugung des Klimawandels als eine der wichtigsten Herausforderungen genannt. Auch befassen sich in Kasachstan bereits verschiedene lokale Nichtregierungsorganisationen mit dem Thema Klimawandel. Das südlich gelegene Tadschikistan ist mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 346 US-Dollar pro Jahr zusammen mit Turkmenistan das Schlusslicht in Zentralasien. Armut und wirtschaftliche Not sind hier in verschiedenen Regionen noch sehr verbreitet. So leben beispielsweise in Tadschikistan mindestens zwei Drittel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Daher spielt die Diskussion um den Klimawandel hier auch nahezu keine Rolle, da ein Großteil der Bevölkerung damit beschäftigt ist, konkrete persönliche wirtschaftliche Probleme zu lösen.

Welche Bedeutung die zentralasiatischen Länder den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft im Bereich des Klimaschutzes insgesamt aber immer noch beimessen, zeigte die personelle Besetzung der zentralasiatischen Delegationen bei der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen. Mit Ausnahme Tadschi-

kistans war kein Land auf Ministerebene vertreten. Doch wächst allmählich auch auf offizieller Seite das Bewusstsein für den Klimawandel und dessen Auswirkungen auf Zentralasien. So erklärte der Botschafter Usbekistans bei den Vereinten Nationen, Murad Askarow, auf der New Yorker Klimakonferenz 2009, dass der Klimawandel „eine Herausforderung für die ganze Menschheit“ darstelle. Man sei sich auch bewusst, dass die Region Zentralasien vom Klimawandel besonders stark betroffen ist. Im gleichen Jahr wurde bei einem Treffen der zentralasiatischen Regierungschefs in Almaty zum ersten Mal der Klimawandel als zusätzlicher Einflussfaktor auf die Lage des Aralsees anerkannt. Die Erklärung des usbekischen Präsidenten Islom Karimow bei einem Staatsbesuch in Japan im Februar 2011, dass die Übereinkommen von Cancún ein „hervorragendes Ergebnis“ darstellten,³ ließ offen, inwiefern eine intensiviertere Kooperation innerhalb der Fünfergruppe den Klimaherausforderungen für die Region besser hätte begegnen können. Insgesamt betrachtet fand die VN-Klimakonferenz in Cancún in den zentralasiatischen Medien so gut wie keine Aufmerksamkeit. Im Vorfeld der Klimakonferenz von Cancún 2010 waren die offiziellen Positionen der Länder Zentralasiens öffentlich kaum zugänglich. Über eine gemeinsame inhaltliche Abstimmung oder dergleichen ist nichts bekannt.

Bereits im Jahr 1992 unterzeichneten die fünf zentralasiatischen Staaten ein „Abkommen über Kooperation beim gemeinsamen Management, der Nutzung und dem Schutz der zwischenstaatlichen Quellen von Wasserressourcen“. Darüber hinaus gründeten sie die Zwischenstaatliche Kommission für Wasserkoordinierung (ICWC). Die ICWC war die erste regionale Institution nach der Unabhängigkeit und ist bis heute unter dem Dach des Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees (IFAS) die einzige Regionalorganisation überhaupt, der alle fünf zentralasiatischen Staaten angehören. Nach wie vor mangelt es aber nicht nur in dieser Organisation an zwischenstaatlicher Kooperation und gemeinsamen Initiativen der zentralasiatischen Länder.

Bei den CO₂-Emissionen steht insbesondere zunächst für Kasachstan aufgrund seiner in Zentralasien am weitesten fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung in Zukunft eine Diskussion zur Verringerung von CO₂-Emissionen an.

Kernenergie als CO₂-arme Alternative zur Energiegewinnung auf Basis fossiler Brennstoffe ist in Zentralasien kaum ein Thema. Dabei gibt es hier riesige Uranvorkommen, die Region ist ein wichtiger Lieferant für die weltweite Kernindustrie. Doch nur Kasachstan strebt die friedliche Nutzung von Atomkraft als Energiequelle an.

DIE WAHRNEHMUNG IN DER BÜRGERGESELLSCHAFT

Nach über 20 Jahren Unabhängigkeit befindet sich die Bürgergesellschaft in den meisten zentralasiatischen Staaten noch im Aufbau. Nach wie vor wird das Thema des Klimawandels von anderen Themen wie Daseinsfürsorge und wirtschaftliche Entwicklung überlagert. Noch mangelt es vielen Nichtregierungsorganisationen, die sich für den Umweltschutz einsetzen, an ausreichenden Ressourcen und den nötigen Rahmenbedingungen, um Umweltprobleme zu thematisieren. In den Medien fand in den letzten Jahren kaum eine Auseinandersetzung mit dem Klimawandel statt. Treibende Kraft zur Stärkung des Themas Klimawandel sind nach wie vor internationale Organisationen, insbesondere die Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen.

PERSPEKTIVEN

Die zentralasiatischen Binnenstaaten befinden sich noch mitten im Transformationsprozess, die internationale Klimadebatte wird höchstens am Rande wahrgenommen. Versäumen die zentralasiatischen Staaten es weiterhin, Strategien für den Umgang mit dem Klimawandel zu entwickeln und auch umzusetzen, könnte das für die Region schwerwiegende Folgen haben. Es wäre insbesondere nötig, das regionale Wassermanagement zu verbessern, mit Wasser sparsamer umzugehen und vor allem den Wasserverlust durch undichte Leitungen und Kanäle zu bekämpfen. Des Weiteren müsste die Agrarwirtschaft auf Pflanzen umgestellt werden, die mit wenig Wasser auskommen, extreme trockene Hitze und viel Sonnenschein vertragen und trotzdem ertragreich sind. Erforderlich sind auch neue Bewässerungskonzepte. Zentralasien steht damit vor der Herausforderung, aus Sowjetzeiten geerbte Umweltlasten aufzuarbeiten und aktuelle Defizite abzubauen. Vor allem aber wird es in den kommenden Jahren auf eine verbesserte regionale Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten ankommen.

3 | „Joint Statement between Japan and the Republic of Uzbekistan“, *Uzbekistan Daily*, 09.02.2011, <http://uzdaily.com/articles-id-13126.htm> [31.07.2014].